



Krieg und Frieden

Ukraineunterstützung (nur) „adjustieren“ – Friedensmöglichkeiten „ausloten“

Dr. Klaus Olshausen

September 2024

Zusammenfassung

Die einen nennen das „Schweigen der Waffen“ schon Frieden, egal ob er zulasten Dritter geht. Man selbst lebt dann wieder in „Frieden“ ohne große Leistungen der Unterstützung zu bringen. Illegitime Ziele des Aggressors werden dafür hingenommen. Andere verlangen einen fairen Frieden, der legitime Zwecke des Verteidigers erreicht. Das verlangt politische, diplomatische, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung, um den Aggressor zu stoppen. Nur das Zurückweisen des Aggressors öffnet das Tor zu einem Frieden, der Selbstbestimmung und Gleichheit aller Staaten sichern kann.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Zwei Wochen vor der Landtagswahl in Brandenburg entdeckt Bundeskanzler Olaf Scholz wieder „Frieden“. In einer Situation im Aggressionskrieg Russlands, wo alles darauf ankommt, mehr Mittel einzusetzen, um Russlands Streitkräfte im Donbas – auch unter Nutzung weitreichender westlicher Waffen – zurückzudrängen, fabuliert der Kanzler im Sommerinterview im ZDF vom Frieden mit der Formulierung „wie wir aus dieser Kriegssituation doch zügiger zu einem Frieden kommen, als das gegenwärtig den Eindruck macht“.

Und für die nächste, fünfte Friedenskonferenz sei er sich mit Präsident Selenskyj einig, Russland müsse dabei sein. Er vermeidet dabei auf den Friedensplan Selenskyjs Bezug zu nehmen. Denn dann wäre ja ausgesprochen worden, dass es um die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine gehen muss. Seine Worte erweckten eher den Eindruck, dass er Teilen seiner Partei – gerade auch in Brandenburg – entgegenkommen will und zusätzlich befürchtet, dass ohne sein Wort „Frieden“ (allerdings ohne es zu qualifizieren) „Furcht“ bei Bürgern weitere Wähler der BSW mit der Führer.in Sahra Wagenknecht am 22. September in die Arme treiben kann. Selbst Kreml-Sprecher haben diese innenpolitische Motivation des Bundeskanzlers am Sonntag erkannt und hervorgehoben. „Honi soit qui mal y pense“.

Diesen Eindruck konnte und wollte der Bundeskanzler wohl mit seinen Worten in der Haushaltsdebatte einigermaßen zurechtrücken. Er bekannte sich und seine Regierung zur weiteren Unterstützung der Ukraine, und qualifizierte das Ausloten von Möglichkeiten für einen „fairen“ Frieden mit der Ablehnung jedes Diktatfriedens oder Kapitulation. Dieser müsse, „die Integrität und die Souveränität der Ukraine respektieren“.

Es ist zwar richtig, dass auch Präsident Selenskyj und die Ukraine in diesem Jahr noch eine weitere Friedenskonferenz anstreben und durchführen wollen. Diesem wird die Ukraine erneut ihren 10-Punkte-Plan zugrunde legen. Damit auch Russland daran teilnehmen könnte, muss aber die Lage auf dem Schlachtfeld deutlich, ja massiv, zugunsten der Ukraine geändert werden. Solange Putin davon ausgehen kann, dass er militärisch vorankommt, ja die Oberhand gewinnen kann, wird er seine Teilnahme an so einer Konferenz weiter zurückweisen.

Wenn eine russische Teilnahme ein Ergebnis in Richtung „fairer Frieden“ ermöglichen soll, dann muss der Westen deutlich mehr militärische Unterstützung für die Ukraine leisten, die Sanktionen verstärken und viele Lücken endlich schließen sowie die Partner- und viele der 141 Staaten, die Russlands Rückzug aus der Ukraine unterschrieben hatten, zu praktischer politischer Mitwirkung für den Rückzug der Russen aus der Ukraine gewinnen.

Beim Treffen der Ramstein-Kontaktgruppe am 6. September wurden zwar wichtige weitere Hilfen zugesagt. Aber weder bei der Luftverteidigung noch bei der Munition gab es einen Durchbruch mit der schnellen Lieferung längst zugesagter Umfänge. Die ukrainische Offensive im Oblast Kursk wurde zwar als legitim bezeichnet, aber keineswegs zum Anlass genommen, diesen Ausbruch aus dem länger beklagten Stellungs- und Abnutzungskrieg massiv zu unterstützen, politisch und militärisch.

Beim Besuch der Außenminister der USA und Großbritanniens in Kiew am 11. September gab es zwar erneut Hilfszusagen der USA über 700 Mio. Dollar, v.a. für Energie- und humanitäre Maßnahmen, aber in der wichtigen Frage, weitreichende Waffen wie die ATACMS auf russischem Gebiet gegen wichtige militärische Ziele einzusetzen, blieb es selbst nach den Gesprächen von Präsident Biden und Premier Minister Keir Starmer bei dem Hinweis, es werde (weiter) geprüft.



Dass dies überhaupt wieder als Thema erscheint, ist nicht etwa der inständig vorgetragene Bitte von Selenskyi zuzuschreiben, sondern folgt aus der Nachricht, dass der Iran Russland Raketen liefere. Das hat auch bereits zu Sanktionen gegen den Iran geführt. Die USA und alle westlichen Staaten müssen nun Putin zeigen, dass sie der Ukraine das Selbstverteidigungsrecht mit gelieferten Waffen auch auf russischem Gebiet endlich „erlauben“.

Es ist doch einleuchtend, dass das imperial ausgreifende Russland in eine Lage gebracht werden muss, in der Putin die Unwahrscheinlichkeit eines Erfolgs erkennen wird und insbesondere die Fortsetzung seiner Aggression ihm und seinem Land einen zu großen Preis aufbürden wird. Dass die westlichen Staaten mit 800 Millionen Menschen und einem Vielfachen des russischen BIP die Ressourcen haben, dies mit der Ukraine erreichen zu können, ist kaum zu bezweifeln. Eine solche Entwicklung ist auch deshalb notwendig, weil es für ein künftig freies, geeintes und friedliches Europa nicht sein kann, dass dem Aggressor die Landnahme in einem souveränen Staat oder gar dessen Unterjochung zugestanden wird.

Diese Position gilt es im Auge zu behalten, wenn der Bundeskanzler „die Möglichkeiten, Frieden zu haben ... immer mit ausgelotet“ haben will. Jede Überlegung muss als Startpunkt haben, dass die politisch-militärischen Zwecke Russlands in höchstem Maße illegitim, ja verbrecherisch sind. Die Ukraine verteidigt legitime, völkerrechtlich geschützte Zwecke. Diese Zwecke sind nicht nur diametral entgegengesetzt, sie schließen sich gegenseitig aus.

Dennoch werden in mehreren Regierungen und bei Bevölkerungen mancher Staaten Entwicklungen sichtbar, die beim „Ausloten“ nicht zielgerichtet die legitimen Zwecke zu erreichen suchen, sondern eine vergiftete Art Kompromissfrieden. Dabei führt dies nicht nur zu einem Frieden auf Kosten anderer, sondern es wird aus kurzfristigem Eigeninteresse ausgeblendet, dass ein Aggressor gerade mit „Teil-Gewinnen“ sich eher bestärkt sehen wird, seine imperialen Ziele gegen einen unentschlossenen, durch unterschiedliche Interessen geschwächten „kollektiven Westen“ mit Nachdruck weiter zu verfolgen.

Um eine solche Entwicklung auf alle Fälle zu verhindern, muss das Ziel einer freien Ukraine wieder Fokus werden. Nicht zaudern, sondern „handeln und anpacken“ ist jetzt – wie beim Migrationsproblem – gefordert für das Überleben der Ukraine und ein freies Europa. Denn erst wenn die Ukraine und Russland, beide, wieder souverän in ihren anerkannten Grenzen leben können, wird ein politischer Friede auf der Basis der Charta von Paris gelingen können.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen